

Amerika sollte hinsichtlich Windkraft von Europa lernen

geschrieben von Iain Murray | 6. Juli 2013

Höhepunkte:

- **Spanien und Deutschland haben sich immer mehr auf Windkraft verlassen. Vor Kurzem haben sie aber Subventionen gekürzt oder die Marschrichtung umgekehrt.**
- **Die USA sollten auf das Scheitern von Projekten erneuerbarer Energie in Europa schauen, wenn sie über zukünftige Energieprojekte nachdenkt.**
- **Die hohen Preise der Windenergie könnten uns Arbeitsplätze kosten. Deutschland und Spanien wachen auf und erkennen allmählich die unvermeidliche Wahrheit über erneuerbare Energie, besonders wenn es um Offshore-Anlagen geht. Sie erkennen jetzt, dass diese Projekte ohne Subventionen nicht überleben**

können und dass sie die Energie für Haushalte und Industrie sehr viel teurer machen. In einem Zeitalter des Sparens sind sie selbst für Deutschland Luxus, dem ökonomischen Riesen in Europa, und das Land kann sich das nicht mehr in vollem Umfang leisten.

Nach dem Beschluss der deutschen Regierung, seine Kernkraftwerke in den Nachwehen von Fukushima zu schließen, wollte man der ursprünglichen Planung zufolge den Verlust der Erzeugungs-Kapazität durch Windkraft ausgleichen.

Windkraft ist jedoch teuer, und das Wachstum der [entsprechenden] Industrie bedeutete, dass Subventionen – und Stromrechnungen – erheblich gestiegen sind. In Deutschland werden die Subventionen durch einen Zuschlag auf die Stromrechnungen für private Haushalte gezahlt. Das Wachstum der

Windkraft bedeutete, dass dieser Zuschlag im Januar um 5 Cent (Euro) pro Kilowattstunde gestiegen ist, was etwa 14% aller Stromrechnungen ausmacht.

In der Erkenntnis, dass Windkraft ökonomisch alles andere als nachhaltig ist, hat Kanzlerin Angela Merkel vorgeschlagen, die Subventionen bis Ende 2014 zu deckeln und einen weiteren Anstieg auf 2,5% zu begrenzen, zusammen mit weiteren signifikanten Reformen nach der Bundestagswahl im Herbst. In Spanien sieht es ähnlich aus, sind doch dort die Subventionen so stark beschnitten worden, dass der Vorsitzende der dortigen Association of Renewable Energy Producers vor Kurzem gesagt hat: „Spaniens Regierung versucht, den Sektor erneuerbare Energie durch gesetzgeberische Maßnahmen zu zerschlagen“.

Präsident Obama hat wiederholt gesagt, dass wir auf Deutschland und Spanien schauen sollen, wenn es um Politik bzgl. Erneuerbarer geht. Er hat natürlich recht, aber nicht in der Art und Weise, wie er glaubt. Außerdem sollte er auf das Cape Wind Project im Nantucket Sound schauen. Das Projekt wird 2,6 Milliarden Dollar kosten, und es hat sich eine Förderung in Höhe von 2 Milliarden Dollar von einer japanischen Bank gesichert. Aber man glaubt, dass dieses Projekt Gegenstand einer Bürgschaft des Energieministeriums ist. Und alles spricht dafür, dass dieser Handel genauso katastrophal enden wird wie die Bürgschaft für Solyndra.

Der vertraglich vereinbarte Preis für die Energie aus diesem Windpark wird 23 Cent pro Kilowattstunde betragen (vor Steuern). Dies ist 50% mehr als die gegenwärtigen mittleren

Strompreise in Massachusetts. In diesem [US-Bundes-]Staat zahlt man schon jetzt im Vergleich mit den anderen Staaten den vierthöchsten Preis für Strom. Selbst wenn man die Steuern aufhebt, liegen die Kosten des 1,6 Milliarden Dollar-Vertrages um 940 Milliarden Dollar über dem projizierten wahrscheinlichen Marktpreis konventionellen Stromes. Mehr noch, dies sind lediglich die Anfangskosten, und wie in Deutschland wird damit gerechnet, dass sie 15 Jahre lang um 3,5 Prozent pro Jahr steigen. Diese massive Energiekosten-Explosion ist eine schlechte Nachricht für das Geschäftsleben in Massachusetts, und es kann sehr gut sein, dass einige Unternehmen dadurch vollständig aus dem Staat gedrängt werden. Das wäre eine Katastrophe für Arbeitsplätze und für das Steueraufkommen.

Die Wahrscheinlichkeit, dass die Unternehmen nicht willens sein werden, diese Rechnungen zu bezahlen, bedeutet, dass die Last zunehmend auf die privaten Haushalte abgewälzt wird. Dies jedoch wird aller Wahrscheinlichkeit nach politisch nicht nachhaltig sein, und daher werden die Kosten auf die Steuerzahler in den gesamten USA umgelegt werden – mittels der Kreditbürgschaft.

Das ist lediglich das ökonomische Argument. Bezieht man noch die Umweltaspekte in diese Überlegungen ein, wird das Ganze vollends zum Sandkastenspiel. Wie die Allianz zum Schutz des Nantucket Sound sagt: „Cape Wind bedroht die maritime Umwelt und würde die produktive, traditionelle Fischerei im Nantucket Sound schädigen“.

Die Allianz weist auch darauf hin, dass „Cape Wind keinen signifikanten

Beitrag leisten würde hinsichtlich der Bemühungen, verschmutzende Emissionen zu reduzieren, und könnte diese Emissionen sogar verstärken, weil die in Bereitschaft stehenden schmutzigen Kraftwerke viel öfter hoch- und herunter gefahren werden müssen, je nachdem, wie der Wind weht“.

Sollte das Energieministerium diese Bürgschaft für Cape Wind tatsächlich gewähren, wäre das ein Triumph einer engstirnigen Ideologie über wirkliche ökonomische und umweltliche Bedenken. Der Präsident sollte genau seinen eigenen Worten folgend von Deutschland lernen und diese Bürgschaft für Cape Wind ablehnen.

Iain Murray is a vice president at the Competitive Enterprise Institute.

Link:

<http://www.usatoday.com/story/opinio>

n/2013/06/13/america-wind-power-column/2397447/

Übersetzt von Chris Frey EIKE

Bemerkung des Übersetzers: Wo immer man im angelsächsischen Blätterwald hinschaut – überall ist von „Scheitern“, „uferlosen Kosten“ o. ä. der alternativen Energien in Deutschland die Rede. Dass viele westliche Regierungen offiziell das noch nicht zur Kenntnis nehmen wollen, ist eine Sache. Warum aber verschließen sich die Hauptmedien in Deutschland dieser Erkenntnis? Was wollen die deutschen Zeitungsredakteure eigentlich durch Leugnen, Ignorieren oder verzerrte Darstellungen erreichen?

C. F.